

Kolumne Nr. 34/2021

Langzeitarbeitslosigkeit: Der falsche Weg der dänischen Sozialdemokraten

Über 40 Prozent der Arbeitslosen in Deutschland sind Langzeitarbeitslose. Das sind über eine Million Menschen. Tendenz unklar! Deshalb haben einige Landespolitiker der CDU und Freien Wähler in der Endphase des Wahlkampfes vorgeschlagen, den Weg der dänischen Sozialdemokraten zu kopieren. So sollen Langzeitarbeitslose, insbesondere Migranten und Migrantinnen, zu gemeinnütziger Beschäftigung verpflichtet werden. Ansonsten droht die Kürzung der Leistungen. Was ist davon zu halten?

Dazu braucht es ein wenig Hintergrundwissen. Die Hartz IV-Reform des Jahres 2005 basiert auf dem Prinzip des „Fördern und Fordern“. Wer Grundsicherungsleistungen bezieht, der muss bedürftig sein und ist zur Arbeit verpflichtet. Wer am regulären Arbeitsmarkt keine Beschäftigung findet, der kann zu gemeinnütziger Arbeit herangezogen werden. In Deutschland müssen diese sogenannten „Ein-Euro-Jobs“ zusätzlich, im öffentlichen Interesse und wettbewerbsneutral sein. Wer solche gemeinnützigen Tätigkeiten ausführt, der erhält vom Jobcenter eine Mehraufwandsentschädigung als Zuschuss zur Grundsicherung (Arbeitslosengeld 2). Derzeit befinden sich 58.000 Teilnehmer in einer solchen Maßnahme – es waren aber auch schon mal wesentlich mehr.

Ein-Euro-Jobs werden in der Praxis zur Prüfung der Arbeitsbereitschaft eingesetzt. Sie bieten Tagesstrukturierung und ein soziales Umfeld sowie ein wenig mehr Geld – eine Aufstiegsperspektive bieten sie nicht. Auch setzen sie nicht an den individuellen Vermittlungshemmnissen an. Fehlen Sprachkenntnisse, liegen Schulden -und Suchtprobleme vor, gibt es psychologische Hemmfaktoren für die Arbeitsaufnahme? All diese entscheidenden Fragen für eine nachhaltige Beschäftigungsfähigkeit werden ignoriert. Es geht vor allem um Abschreckung durch Einforderung der Arbeitspflicht mit der Drohung der Leistungskürzung. Das ist ein destruktiver Ansatz, der in Deutschland zu Recht an Bedeutung verloren hat.

Viel mehr braucht es einen konstruktiven aktivierenden Sozialstaat, der Perspektiven schafft statt mit Drohszenarien zu arbeiten. Das ist anstrengender und keine einfache Formel, aber erfolgsversprechend. Dazu braucht es mehr und besser ausgebildete Fallmanager in den Jobcentern der Bundesagentur für Arbeit, die – von bürokratischen Aufgaben entlastet – mehr Zeit mit ihren Kunden verbringen können. Sucht-, Schulden- und psychosoziale Beratung, Mobilitätshilfen, Qualifizierung und Coaching gehören zum Unterstützungspaket. So wird individuelle Unterstützung und der schrittweise Ausstieg aus dem Grundsicherungssystem möglich.

Prof. Dr. habil. Alexander Spermann ist Arbeitsmarktexperte und lehrt Volkswirtschaftslehre an der FOM Hochschule für Erwerbstätige in Köln sowie an der Universität Freiburg.